
Österreichs Wirtschaft unter dem NS-Regime

Rezension von: Josef Moser,
 Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis
 1945, Böhlau-Verlag, Wien 1995, 402
 Seiten, öS 498,-; Horst Schreiber,
 Wirtschafts- und Sozialgeschichte der
 Nazizeit in Tirol, Österreichischer
 Studien Verlag, Innsbruck 1994, 294
 Seiten, öS 288,-.

Vor einigen Jahren fand eine Debatte darüber statt, inwiefern das NS-Regime zur "Modernisierung" der Wirtschaft und Gesellschaft Österreichs beigetragen hat. Abgesehen von einer vom Nationalsozialismus bewußt verstärkten Säkularisierung der Gesellschaft kam es – wie Ernst Hanisch aus Salzburger Perspektive nachwies – nicht zuletzt auch durch grundlegende wirtschaftsstrukturelle Veränderungen zu einer "Entprovinzialisierung", d.h. zu einer Verstärkung der Chancen, Möglichkeiten und des Einflusses der bislang als "Provinz" angesehenen westlichen Bundesländer. Weiters werden neben Ansätzen zu einer Technisierung in der Landwirtschaft eine Erhöhung des technologischen Niveaus der österreichischen Wirtschaft insgesamt und eine verbesserte Qualifikation der Führungs- und Arbeitskräfte zum Beweis der "Modernisierungsthese" ins Treffen geführt.

Abgesehen davon, daß diese sogenannte "Modernisierung" nicht von den Maßnahmen, Mitteln und Zielen ihrer (autoritären) Durchsetzung zu trennen ist und sie nur durch die Einbeziehung Österreichs in den 2. Weltkrieg und in die Massenverbrechen des "Dritten Reiches" ermöglicht wurde, geht sie weniger auf die "Leistungen" der Öster-

reicherInnen selbst, denn auf kriegsvorbereitende und –unterstützende Maßnahmen der Nationalsozialisten und auf die (Mit-)Arbeit tausender ZwangsarbeiterInnen zurück. Nach Ansicht des Rezensenten fand der entscheidende "Modernisierungsschub" unseres Landes erst in den fünfziger und sechziger Jahren statt. Die Entwicklung der Jahre 1938 bis 1945 könnte vielleicht als "Proto-Modernisierung" betrachtet werden. Die beiden vorliegenden Arbeiten von Josef Moser über "Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945" und Horst Schreibers "Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol" scheinen diese Ansicht zu bestätigen. Sie stellen die ersten umfangreichen Arbeiten zu dieser Thematik dar.

Während sich Moser vor allem auf Fragen der Arbeitsbeschaffung und Beschäftigung, der industriellen Struktur des Landes Oberösterreich und der Vorbereitung und Durchführung der Kriegsproduktion konzentriert und diese sehr ausführlich behandelt, geht Schreiber auch auf die Entwicklung in den anderen Sektoren (Fremdenverkehr und Landwirtschaft) ein. Die "Militarisierung der Arbeit", die Lage der Arbeiterschaft und die Organisation im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich werden von beiden Autoren, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, behandelt.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Eingliederung des annektierten Österreich in den Wirtschaftsraum des "Großdeutschen Reiches" zur Errichtung eines "deutsch-arischen" Machtstaates ging es nicht nur um den Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern prinzipiell um die rasche Zurverfügungstellung der wirtschaftlichen Ressourcen für die deutsche Kriegswirtschaft.

Die für den Aufbau der nationalsozialistischen Wirtschaftsorganisation regional zuständigen "Gauwirtschaftsbereiter" sahen jedoch durch den Anschluß die Chance, die wirtschaftliche

Struktur ihres Landes zu verbessern. Jedes Bundesland, respektive jeder "Reichsgau", wollte zum "Mustergau" werden und kämpfte nun um Einfluß und um die Lukrierung von Förderungsmitteln. So etwa wurde eine zentrale "Wirtschaftskammer" für die Ostmark abgelehnt. In einer Sitzung der "Gauwirtschaftsberater" wurde im September 1939 als Begründung festgehalten: "Die Führung in Wien war immer einseitig "wienerisch" und hat auf die Bedürfnisse der "Provinzen" nie Rücksicht genommen... Es gibt tatsächlich in der Ostmark Wirtschaftsgebiete, die in ihrer Struktur der Wiener Wirtschaft fremd gegenüberstehen, und der deutsche Mensch im Gau sieht in der Wirtschaft etwas anderes als der Wiener, der nicht nur rassisch verdorben ist, sondern seinem ganzen Wesen allzu viel Schlechtes aus der Fremdherrschaft aufgenommen hat." (Schreiber S. 25) Im Juni 1939 wurde denn auch für die Reichsgaue Salzburg und Tirol-Vorarlberg eine eigene Wirtschaftskammer mit Sitz in Innsbruck geschaffen.

Bezeichnenderweise lassen sich im Bereich der Wirtschaft durch die Karrieren von Funktionären ungebrochene Kontinuitäten zur Zeit vor dem "Anschluß" feststellen. In Tirol spielte dabei die Familie Swarovski, deren Angehörige bereits vor 1938 weitgehend als "illegale" Nationalsozialisten galten, eine entscheidende Rolle. Swarovski konnte seine traditionelle Fertigung von Glasprodukten bis 1943 aufrechterhalten, da das "Deutsche Reich" an den Deviseneinnahmen interessiert war. Durch den Einstieg in das Rüstungsgeschäft sicherte sich das dominierende Tiroler Unternehmen zusätzlich ab und ging schließlich gestärkt aus dem Krieg und der NS-Zeit hervor.

Bestimmenden Einfluß auf die deutschen Auf- und Ausbauprojekte im industriellen Sektor in der "Ostmark" hatte – wie Moser nachweist – die unter

der Leitung von Hermann Göring stehende "Behörde des Vierjahresplanes", die mit leitenden Managern aus der deutschen Großindustrie besetzt war. Hier wurde letztlich darüber bestimmt, welche Industriezweige weitergeführt und gefördert wurden. Kommissionen der Vierjahresplanbehörde und des "Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit" (RKW) überprüften jede einzelne Branche und stellten detaillierte Analysen über die Erzeugungskapazitäten, Umstrukturierungen und etwaige Umstellungen der Produktionspaletten der einzelnen Unternehmungen an.

Die bereits im Frühjahr 1938 einsetzende Enteignung des industriellen Besitzes der Juden ermöglichte darüber hinaus den NS-Wirtschaftsplanern direkten Zugriff auf die österreichischen Unternehmungen. Der "Arisierung" österreichischer Unternehmungen folgte der Auf- und Ausbau von Produktionsstätten deutscher Unternehmen in den "Reichsgauen" der "Ostmark" und die Einbeziehung der Wirtschaft in die Kriegsproduktion.

Die "Eindeutschung" der oberösterreichischen Industrie erfolgte vorerst durch die Übernahme der Steyr Daimler Puch AG und der Linzer Schiffswerft durch die Reichswerke Hermann Göring. Ab 1939 erfolgten Investitionen deutscher Privatkonzerne: Gemeinsam mit anderen Unternehmungen errichtete der IG-Farben-Konzern die Stickstoffwerke Oberdonau, die Thüringische Zellstoff AG das Werk Lenzing und die Aluminiumwerke Berlin das Werk in Ranshofen. Auch der Ausbau der notwendigen Elektrizitätsinfrastruktur erfolgte durch deutsche Unternehmen. Später wurde durch kriegsbedingte Verlagerungen der Einfluß der sogenannten "reichsdeutschen" Industrie weiter verstärkt.

In Tirol ging es den Nationalsozialisten vor allem um die Erschließung, den Ausbau und die Nutzbarmachung des Energiepotentials für die Rüstungs-

industrie. Die VIAG gründete zu diesem Zweck die Alpelektrowerke AG (AEW), der es letztlich auch gelang, die Mehrheit an der von der Stadt Innsbruck kontrollierten TIWAG zu erlangen. Nach einer Kapitalerhöhung 1941 war die TIWAG mit 98,2% der Aktien praktisch im Alleinbesitz der AEW. Bauvorhaben mit einer Leistungskapazität in der Größenordnung von 5,1 Millionen kWh wurden in Tirol von der EWirtschaft ohne Rücksichtnahme auf Bevölkerung und Umwelt geplant. Insgesamt kam es unter der NS-Herrschaft zu einer Erhöhung der Ausbauleistung um 71%. Der "Gau" Tirol wurde somit seiner vom Regime zugewiesenen Rolle als billiger Stromlieferant für die deutsche Industrie gerecht.

Mit Begeisterung griffen die österreichischen Nationalsozialisten zu, wenn es um die Inangriffnahme von Bauprojekten und Unternehmensgründungen kam. Überall wurden phantastische Pläne entwickelt. Die nationalsozialistischen Gemeindeverwalter selbst der kleinsten Orte träumten von Prachtstraßen und Monumentalbauten. Deutschlands Größe sollte nach den erfolgreichen "Blitzkriegen" überall erkennbar werden: "Selbst das, was bisher als tiefste Provinz galt, konnte sich nun dem "Zentrum" eines großen europäischen Reiches zugehörig fühlen." (Moser S. 85).

Mit Zunahme der Berufungen zum Kriegsdienst machte sich ein Arbeitskräftemangel bemerkbar. Die Produktion sowohl im industriellen wie auch im landwirtschaftlichen Sektor konnte bald nur noch durch den forcierten Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aufrechterhalten werden. Dazu kamen die alliierten Bombardements,

die umfangreiche Verlagerungen und den Bau unterirdischer Produktionsstätten für die Rüstungsindustrie notwendig machten. Durch die Verlagerungen von Fertigungsstätten "reichsdeutscher" Industriebetriebe und die Ausweitung der Kapazitäten der heimischen Mittelbetriebe erlebte besonders Tirol um 1943 einen Industrialisierungsschub. Rund einhundert Betriebe verlagerten bis Ende des Krieges nach Oberösterreich.

Schreiber kommt für Tirol zu der Schlußfolgerung, daß das Land "enorme sozial- und wirtschaftsstrukturelle Impulse für die gesellschaftliche Entwicklung der folgenden Jahrzehnte" erhielt. Der durch das NS-Regime einsetzende Industrialisierungsprozeß "hatte zur Folge, daß Tirol auf erweiterter Basis sein Wirtschaftspotential ausbauen konnte." (S. 269). Zweifellos stellten für Österreich nach 1945 die Erhaltung und der Ausbau der unter der NS-Herrschaft gegründeten Betriebe in Oberösterreich eine grundlegende Veränderung im gesamtstaatlichen Wirtschaftsgefüge dar. Zwar wurde durch die Schwerpunktverschiebung zum industriellen Großbetrieb die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft insgesamt verbessert, doch warf – wie Moser zu bedenken gibt – die Konzentration auf die Grundstoff- und Halbfabrikateindustrie gleichzeitig längerfristig strukturelle Probleme auf.

Beide Bücher sind uneingeschränkt zu empfehlen und können – trotz ihrer Beschränkung auf jeweils ein Bundesland – derzeit als einzige Standardwerke zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte während der NS-Herrschaft bezeichnet werden.

Klaus-Dieter Mulley